

OPERATION AN LEBENDIGER WÄHRUNG: DIE STAATSSCHULDENKRISE UND DER EURO

Die Situation in mehreren Euroländern ist prekär: Einige Staaten sind hochverschuldet, dadurch wird es für sie immer schwieriger, Kredite aufzunehmen, um zahlungsfähig zu bleiben. Und weil die Gläubiger um ihr geliehenes Geld fürchten, müssen die verschuldeten Staaten hohe Zinsen zahlen. Auch die Finanzmärkte reagieren nervös: Ein Teufelskreis, der sich über Griechenland hinaus nun auch auf andere Euroländer auszuweiten droht.

URSACHEN FÜR DIE KRISE

Ist dies nun eine Währungs- oder Finanzmarktkrise oder steckt Europa insgesamt in einer Krise? Und welche Maßnahmen müssen getroffen werden, welchen Weg müssen die Verantwortlichen einschlagen?

Die Wirtschaft in der Euro-Zone bewegt sich erneut auf Talfahrt. Aktuellen Studien zufolge lasten die Schuldenkrise und die nachlassende internationale Nachfrage auf der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Konjunkturaussichten in den Euro-Ländern sind für das Jahr 2012 jüngst wieder nach unten korrigiert worden.

Liegt dies etwa an der Gemeinschaftswährung der Eurozone? Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der Ereignisse zeigt, dass die Krise andere Ursachen hat: Viel zu lang haben einige Staaten ihr Wachstum durch Schulden finanziert. Begonnen hat diese dramatische Entwicklung vor rund zwei Jahren, als die griechische Regierung die Schätzung ihres Staatsdefizits prozentual um mehr als das Doppelte nach oben korrigierte. Die Kreditwürdigkeit des Landes sank, die EU beschloss dem Land Kredite zu gewähren. Im Gegenzug musste sich Griechenland schon damals verpflichten, hart zu sparen. Einige Zeit später gründeten die Euro-Finanzminister die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) – besser bekannt als Europäischer Rettungsschirm oder Euro-Schutzschirm. Zunächst schafft der Rettungsschirm finanzielle Möglichkeiten von bis zu 750 Milliarden Euro. Dass das nicht reichen wird, zeigt sich bald, denn Irland und später auch Portugal haben sich ebenfalls hoch verschuldet.

DIE FINANZMÄRKTE UND IHRE ROLLE IN DER KRISE

Die Finanzminister der Euro-Länder einigten sich daher auf einen dauerhaften Krisenfonds, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dieser soll 2013 die EFSF ablösen. Im Gegensatz zum aktuellen Rettungsschirm wird der neue Fonds auch mit einer Bareinlage ausgestattet. Um die Zeit bis dahin finanziell überbrücken zu können, beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU im Frühjahr 2011, der EFSF eine effektive Kreditvergebekapazität von 440 Milliarden Euro verfügbar zu machen. Der Fonds darf darüber hinaus nun mit neuen Kompetenzen auch Staatsanleihen von Krisenstaaten kaufen, um deren Kurse zu stabilisieren. Denn die Finanzmärkte spielen eine nicht unerhebliche Rolle in der Krise: Sie sind es, die den Staaten Geld leihen. Stufen Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der verschuldeten Länder schlecht ein, bekommen diese das nötige Geld nur noch zu sehr hohen Zinsen. Die Staatsverschuldung steigt weiter an, der (Teufels-)Kreis schließt sich.

Ein Ende dieser Spirale ist derzeit nicht abzusehen – die vielen Probleme durch die Staatsschulden, die innerhalb von Jahren angehäuft wurden, lassen sich nicht innerhalb kürzester Zeit lösen. Allen Beteiligten ist klar, dass sich grundsätzliche Dinge ändern müssen. Gemeinsam hofft man nun, dass die ergriffenen Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung und zur Reform und Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion ihre Wirkung bald entfalten werden. Von nun an heißt es: der beschleunigten und zum Teil auch unberechenbaren Entwicklung an den Finanzmärkten eine solide, umsichtige Finanzpolitik entgegenzusetzen.

AUFGABEN

1. Wofür müssen Staaten Schulden machen? Listet verschiedene Staatsausgaben auf. Nutzt dazu den aktuellen Haushaltsbeschluss des Bundes (zu finden auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums unter www.bundesfinanzministerium.de).
2. Der Internationale Währungsfonds ist bei Hilfen für notleidende Staaten beteiligt, stellt dafür aber auch Bedingungen. Wäre ein Europäischer Währungsfonds denkbar? Was könnte Sinn und Zweck einer solchen Einrichtung sein? Diskutiert mögliche Vor- und Nachteile. Nutzt für eine Vorabrecherche die Internetseiten des IWF unter www.imf.org.
3. In Griechenland und anderen Euro-Staaten gab es Demonstrationen und Unruhen angesichts der notwendigen Sparmaßnahmen. Wie wichtig ist es, die eigenen Bürger von der Notwendigkeit des Sparens zu überzeugen – und wie viel sollten diese über derartige Maßnahmen mitbestimmen können? Wählt aus eurer Runde jeweils zwei Pro- und Contra-Sprecher, die eine Debatte zu diesem Thema führen. Filtert anschließend die Kernargumente beider Seiten heraus.

INTERNET

- Das Arbeitsblatt „Kann das gut gehen? Die Staatsschuldenkrise und die Stabilität des Euro“ bietet Informationen zum Beginn der Krise und zu ersten Maßnahmen: www.jugend-und-bildung.de > Unterrichtsmaterial > Arbeitsblätter > Steuersystem und Finanzpolitik
- Die Webseite des Bundesfinanzministeriums mit einem Themenschwerpunkt rund um die Stabilisierung des Euro-raums und der Währungsunion: www.bundesfinanzministerium.de > Wirtschaft und Verwaltung > Europa > Der Euro > Stabilisierung des Euro.